افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

von Thierry Meyssan

21.07.2021

Frankreich, gegen seine Gegner und Verbündeten

Wir setzen die Veröffentlichung des Buches von Thierry Meyssan *Sous nos yeux*, [vor unseren Augen] in Episoden fort. Frankreich, das seinen neokolonialen Traum fortsetzt, ohne die Realitäten zu berücksichtigen, wird vom syrischen Volk weitgehend missbilligt und wird dann von seinen US-Verbündeten beiseitegeschoben, bevor es Opfer seines türkischen Verbündeten wird.

Dieser Artikel ist ein Auszug aus dem Buch *Sous nos yeux*.

Siehe hier die Inhaltsangabe.

Der französische Auslandsgeheimdienst (DGSE) setzt sich für die "diplomatische Verbannung des syrischen Regimes" und für "umfangreiche militärische Hilfe für die Brigaden der Freien Armee" ein. Um die französische Öffentlichkeit zu

überzeugen, drängt er Bassma Kodmani, die Geliebte seines ehemaligen Direktors, Jean-Claude Cousseran, der Sprecher der syrischen Opposition in Frankreich geworden ist, in erster Linie aufzutreten. Ihre Schwester, Hala Kodmani verbreitet die Propaganda der DGSE in der linken Tageszeitung "Libération".

Das syrische Volk drückt sich aus

Während Bassma Kodmani, die Sprecherin der "syrischen Opposition" - und Gefährtin des ehemaligen Direktors des französischen Geheimdienstes Jean-Claude Cousseran – erklärt hatte, dass "das Regime nicht in der Lage ist, Präsidentschaftswahlen abzuhalten [und dass] dies tatsächlich ein Beweis dafür ist, dass es sich um eine Diktatur handelt", wurde ein neues Wahlgesetz verabschiedet - nach westlichen Standards - und die Wahlen werden einberufen.

Bisher wurde der Präsident von der Baath-Partei ernannt und dann in einem Referendum bestätigt. Zum ersten Mal wird er direkt gewählt werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Nationale Koalition der Oppositions- und Revolutionskräfte einen Kandidaten vorstellt, nicht wegen der Klausel, dass die Kandidaten in den letzten zehn Jahren in Syrien gelebt haben müssen, sondern weil die bewaffneten Gruppen absolut gegen Demokratie sind. Sie sagt, wie auch die Bruderschaft der Muslimbrüder sagte: "Der *Koran* ist unsere Verfassung", und jede Wahl ist unrechtmäßig. Es besteht also kein Zweifel daran, dass der Kandidat des Regimes gewählt werden wird. Seine wirkliche Legitimität wird jedoch nicht vom Prozentsatz der abgegebenen Stimmen, sondern von der Anzahl der abgegebenen Stimmen und ihrer Repräsentativität im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung abhängen.

Um die Wahl zu sabotieren, muss also alles getan werden, um die Teilnahme der Syrer, die wählen wollen, zu verhindern. Von 22 Millionen Syrern leben weniger als 2 Millionen in den [von den Dschihadisten] "befreiten Gebieten" und werden daher nicht an den Wahlen teilnehmen. Weitere 2 Millionen sind Flüchtlinge in Jordanien, Libanon, der Türkei und Europa. Frankreich gelingt es, seine europäischen Partner zu überzeugen, seinem Beispiel zu folgen und die Abhaltung von Wahllokalen in den syrischen Konsulaten zu verbieten, was gegen das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 verstößt. Der [franz.] Staatsrat, der von Flüchtlingen mit diesem Machtmissbrauch befasst wurde [1], erklärt sich für unzuständig. Währenddessen prangern die "Freunde Syriens" eine "Parodie der Demokratie" zur "Verfolgung der Diktatur" an.

Bei der Wahl stehen sich drei Kandidaten gegenüber: der Kommunist Maher el-Hajjar, der Liberale Hassan Al-Nouri und von der Baath-Partei, Baschar al-Assad. Der Staat stellt ihnen Mittel zur Verfügung, um ihre Kampagne zu führen, und garantiert ihre Sicherheit. Die Medien geben ihnen das Wort. In der Tat, wenn die Wähler die Vorschläge der einen und der anderen mit Interesse verfolgen, ist al-Assad in einer ähnlichen Situation, wie de Gaulle im Jahr 1945. Sie haben für das Überleben der Syrischen Arabischen Republik nur die Wahl, ihn zu unterstützen, oder an der Wahl nicht teilzunehmen und sich auf die Seite der Dschihadisten zu stellen.

Nach Angaben der libanesischen Allgemeinen Sicherheit haben sich mehr als 100.000 syrische Flüchtlinge in der Nähe der syrischen Botschaft in Beirut angesammelt, um ihren Präsidenten der Republik zu wählen, trotz der Fatwas der Opposition und der Warnungen des Westens.

Bevor die Wahl in Syrien beginnt, werden die Flüchtlinge, die dies wünschen, aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Die westliche Propaganda hat die Syrer davon überzeugt, dass die Flüchtlinge alle "Gegner" sind. Doch wenn sie befragt werden, versichern die meisten, dass sie ihre Heimat nicht "wegen der Diktatur" verlassen haben, sondern wegen der Kämpfe. Am 28. und 29. Mai 2014 setzt die Wahl im Libanon, wo sie in der Botschaft erlaubt ist, eine Menschenmenge von mindestens 100.000 Menschen laut der libanesischen Allgemeinen Sicherheit in Bewegung, die die gesamte Hauptstadt blockiert. Die Armee greift ein, um die Menschenmenge zu zerstreuen, aber sie kommt aus dem ganzen Land. Die Botschaft ist überlastet und muss die Zeitpläne verlängern, und dann die Abstimmungstermine. Es ist eine schöne Überraschung für die Syrer von Syrien und ein Schock für die westlichen Kanzleien [2].

Trotz der Aufrufe zum Boykott gehen schließlich 73,42% der Syrer im Wahlalter zu den Wahlurnen [3]. 360 ausländische Medien, die vor Ort sind, und alle offenen Botschaften in Damaskus, belegen die Ordnungsmäßigkeit der Wahl. Baschar al-Assad erhält 10 319 723 Stimmen, was 88,7% der abgegebenen Stimmen und 65% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter entspricht. Der liberale Kandidat Hassan Al-Nouri erhält 500 279 Stimmen und der Kommunist Maher el-Hajjar 372 301 Stimmen.

Während dieser Kampagne versuchten Frankreich und seine Verbündeten, angetrieben von Jeffrey Feltman, den Sicherheitsrat dazu zu bringen, die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs für den syrischen Bürgerkrieg anzuerkennen. Natürlich bezeichnete der Resolutionsentwurf alle syrischen Akteure, sowohl die Republik als auch die Dschihadisten, aber man konnte erwarten, dass Staatsanwältin Fatou Bensouda so handeln würde, wie ihr Vorgänger Luis Moreno Ocampo es in Libyen getan hatte: auf Befehl der NATO.

Dieser Resolutionsentwurf folgt den Beschuldigungen des „Cäsar“-Berichts und des Kabinetts Carter-Ruck, sowie den der Tageszeitung Le Monde, wonach die "alawitische Diktatur" systematisch sunnitische Frauen der Opposition vergewaltigt. Die Le Monde Journalistin Annick Cojean veröffentlicht die Aussage eines Opfers, das versichert: "Wir wurden jeden Tag vergewaltigt, mit dem Schrei "Wir Alawiten werden euch zermalmen ". Cojean, Präsidentin des Albert-London-Preises, wurde von der französisch-amerikanischen Stiftung ausgebildet. Sie war es, die ein Jahr nach dem Tod des Führers: *Die Beuten: in Gaddafis Harem* [4], ein aus der Luft gegriffenes Werk veröffentlichte, in dem Gaddafi beschuldigt wird, viele Kinder vergewaltigt zu haben, was dann ohne den geringsten Beweis die Zerstörung Libyens im Nachhinein rechtfertigte.

Aber wer kann nach der triumphierenden demokratischen Wahl von Baschar al-Assad noch an grausame, weit verbreitete Folter und die "alawitische Diktatur" glauben? Der französische Entschließungsentwurf wird von Russland und China abgelehnt, die ihr viertes Veto einlegen.

Frankreich wurde von den Vereinigten Staaten von der Bildung von Daesch ferngehalten. Es entdeckt mit Überraschung, dass dieser neue Akteur seine Pläne umkrempelt. Es ist ein riesiges, hoch ausgerüstetes Heer. Hier ist ein Trainingslager an der israelischen Grenze.

Daesch und das Kalifat

Ein Konflikt entsteht innerhalb der Al-Kaida. Die Syrer des Islamischen Staates im Irak, die die "Front für den Sieg" (auf Arabisch "Dschabhat Al-Nusra", genannt "Al-Nusra") gebildet haben, geraten in Rivalität mit ihrem Mutterhaus, als die Iraker des Emirats ebenfalls nach Syrien ziehen. Als der Konflikt in eine regelrechte Schlacht ausartet, unterstützen Frankreich und die Türkei die Syrer gegen die Iraker. Beide Länder schicken Munition über die leere Hülle der freien syrischen Armee [FSA] nach Al-Nusra. Die Kämpfe zwischen den beiden Organisationen haben sich jedoch nicht allgemein verbreitet. So sind es in Qalamun (d.h. an der libanesischen Grenze) immer dieselben Männer, die beide Flaggen zugleich tragen.

Als die Türkei im Mai 2014 Frankreich mitteilte, dass sie mit Saudi-Arabien, den USA, Israel, Jordanien, der kurdischen Regionalregierung im Irak, mit sunnitischen Stämmen und dem Irakischen Naqchbandi-Orden, sowie Norwegen, an der Vorbereitung einer groß angelegten Operation mit dem Islamischen Emirat im Irak teilnimmt, hört der interne Krieg auf.

Hillary Clinton und Barack Obama (damals Präsidentschaftskandidaten) stellten in 2008 dem NATO-Think-Tank, der Bilderberg-Gruppe, bei einem Treffen im Marriott Hotel in Chantilly (USA), das strategische Interesse der Bruderschaft der Muslimbrüder vor.

Frankreich stellt Spezialkräfte und das multinationale Unternehmen Lafarge zur Verfügung. Hier ist ein kurzer Rückblick nötig. Im Juni 2008 organisierte die NATO das jährliche Treffen der Bilderberg-Gruppe [5] in Chantilly (USA), bei dem Hillary Clinton und Barack Obama sich den Teilnehmern vorstellten. Unter den 120 Anwesenden befanden sich Basma Kodmani (die zukünftige Sprecherin der Syrischen Nationalen Koalition) und Volker Perthes (Feltman‘s zukünftiger Assistent bei den Vereinten Nationen für Syrien). Während einer Debatte über die Dauerhaftigkeit der US-amerikanischen Außenpolitik griffen sie ins Gespräch ein, um die Bedeutung der Muslimbruderschaft und die Rolle hervorzuheben, die sie bei der "Demokratisierung" der arabischen Welt spielen könnte. Jean-Pierre Jouyet (der zukünftige Generalsekretär des Elysées), Manuel Valls (der zukünftige Premierminister) und Bertrand Collomb (der Chef von Lafarge) waren an der Seite von Henry R. Kravis (dem zukünftigen Finanzkoordinator von Daesch und Mäzen von Emmanuel Macron).

Zurück zu unserer Geschichte. Lafarge ist der Weltmarktführer der Zementhersteller. Die NATO - für die sie bereits 1991 heimlich gearbeitet hat - überträgt Lafarge den Bau der Bunker der Dschihadisten in Syrien und den Wiederaufbau des sunnitischen Teils des Irak. Im Gegenzug überlässt Lafarge der Allianz, die Verwaltung ihrer Anlagen in diesen beiden Ländern, insbesondere die Fabrik in Dschalabiyeh (an der türkischen Grenze

nördlich von Aleppo). Zwei Jahre lang liefert das multinationale Unternehmen Baumaterialien für gigantische unterirdische Befestigungsanlagen, die es den Dschihadisten ermöglichen, der syrischen arabischen Armee zu widerstehen. Lafarge wird nun von dem US-Amerikaner Eric Olsen geleitet, der die Fabriken der Brüder Sawiris und Firas Tlass (dem Bruder von General Manas Tlass, den Frankreich beabsichtigt hatte, zum nächsten Präsident Syriens zu machen) in das Unternehmen integriert hat. Die Verbindungen zwischen Lafarge und den französischen Spezialeinheiten werden durch die Freundschaft zwischen Bertrand Collomb (dem Ehrenpräsidenten des multinationalen Konzerns) und General Benoît Puga (der immer noch Stabschef von Präsident Hollande ist) erleichtert.

Die Lafarge-Fabrik in Dschalabiyeh produziert 6 Millionen Tonnen Zement, um die zahlreichen unterirdischen Befestigungsanlagen von Daesch zu bauen. Gleichzeitig beherbergt sie Spezialeinheiten der NATO (Frankreich, Norwegen, Vereinigtes Königreich und USA). Hier sind Daesch-Soldaten in der Fabrik.

Wenn dann die Online-Zeitung *Zaman Al-Wasl* [6] Beweise dafür veröffentlicht, dass Lafarge Geld an Daesch zahlt, wird die Tageszeitung *Le Monde* zu Hilfe kommen. Sie wird ihre Version der Ereignisse veröffentlichen und versichern, dass das multinationale Unternehmen Öl bezahlt, um seine Fabrik zu betreiben. Dies ist jedoch falsch, da diese Anlage hauptsächlich mit Koks betrieben wird, der weiterhin aus der Türkei geliefert wird. *Le Monde* räumt jedoch ein, wahrscheinlich ohne es zu bemerken, dass Lafarge die

Befestigungsanlagen von Daesch baute, da er zugibt, dass die 2,6 Millionen Tonnen Zement, die jährlich produziert werden, den "Rebellengebieten" bestimmt waren.

Die Zementmenge, die Lafarge für Daesch produziert - mindestens 6 Millionen Tonnen - ist vergleichbar mit der Menge, die das Deutsche Reich 1916-17 für den Bau der Siegfried-Linie verwendet hat. Seit Juli 2012 handelte es sich also nicht mehr um einen Krieg der vierten Generation, der in eine Revolution verkleidet war, sondern um einen klassischen Stellungskrieg. Diese Produktion wird mit der Intervention der russischen Luftwaffe, die allein fähig ist, diese Bunker zu zerstören, eingestellt werden. Zu diesem Zeitpunkt wird das Werk in Dschalabiyeh in ein Hauptquartier der NATO-Spezialeinheiten (USA, Frankreich, Norwegen, Vereinigtes Königreich) umgewandelt.

Am Rande der Demonstration "Ich bin Charlie" vom 11. Januar 2015 versammelten sich 56 Staats- und Regierungschefs auf einer Nebenstraße des Umzugs und posierten einige Minuten vor den Kameras, bevor sie nach Hause gingen. Auf der Grundlage dieser Bilder wurden sie als Anführer einer Demonstration dargestellt, der sie sich nie angeschlossen haben.

Am 7. Januar 2015 ermorden zwei als Militärkommandos verkleidete Personen, die sich als Al-Kaida ausgaben, in Paris Mitglieder der Redaktion der satirischen Wochenzeitung *Charlie-Hebdo*, während ein dritter, der sich auf Daesch beruft, eine Polizistin tötet und die Kunden eines Koscher-Supermarkts als Geiseln benutzt. Wie seit dem 11. September üblich, verstreuten die Terroristen hinter sich Spuren, die ihre Identifizierung ermöglichen, in diesem Fall Ausweispapiere. Die Regierung überspielt ihre

Reaktion, und das ganze Land gibt dem Erstaunen und dann dem Schrecken nach. Präsident Hollande und Staatsoberhäupter demonstrieren mit über 1,5 Millionen Franzosen und rufen: "Wir sind alle Charlie! Unter ihnen die wichtigsten Verbündeten Frankreichs gegen Syrien: Benjamin Netanjahu (Israel) und Ahmet Davutoglu (Türkei), die öffentlich die Dschihadisten unterstützen. Da ich diese Inszenierung bestreite und viele Menschen sich weigern, "Charlie zu sein", greift die Nachrichten-Leiterin von *France2*, Nathalie Saint-Criq, in den TV-Nachrichten ein, um die Verschwörer zu kritisieren, die "entdeckt, behandelt, integriert oder wieder in die nationale Gemeinschaft integriert werden müssen". Später erfuhr man, dass die Terroristen ihre Waffen bei einem ehemaligen Söldner, der für die Polizei arbeitet, gekauft hatten [7] und die Ermittlungen werden durch das "Secret Défense" [streng geheim] [8] unterbrochen, dass zwei von ihnen von einem DGSE-Agenten ausgebildet wurden [9], und dass die Staatsoberhäupter für die Fotografen separat posierten, und nie in Paris demonstrierten. Wie auch immer, die Regierung erklärt den Ausnahmezustand, der vom Parlament gebilligt wird. Er wird nicht nur auf das französische Mutterland, sondern auch auf die überseeischen Departements und Gebiete [DOM, TOM] erweitert. Er wird viermal verlängert und verlängert sich immer nach dem Vorbild des *USA-Patriot Act*.

Präsident François Hollande leugnet die Verpflichtungen von Alain Juppé zur Schaffung eines Kurdistans in Syrien und empfängt im Elysée-Palast eine Delegation der antitürkischen Kämpfer der PKK.

In Anwendung des Geheimvertrags Juppé/Davutoglu plant François Hollande die Schaffung eines "Kurdistans" außerhalb der historischen kurdischen Gebiete und organisiert am 31. Oktober 2014 ein geheimes Treffen im Elysée-Palast zwischen seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan und dem Ko-Präsidenten der syrischen Kurden, Salih Muslim, dem er den Vorsitz des künftigen Staates verspricht. Als jedoch Anfang 2015 die andere Ko-Vorsitzende der syrischen Kurden, Asya Abdullah, den Sieg von Kobane errang und von den Vereinigten Staaten gefeiert wurde, empfängt Hollande sie am 8. Februar 2015 öffentlich, in Begleitung einer weiteren Frau in Offiziers-Uniform.

Kommissar Patrick Calvar, Zentraldirektor des Innen-Geheimdienstes, bestätigt vor Abgeordneten, dass er den Auftraggeber-Staat der Attentate vom 13. November 2015 (Bataclan) identifiziert habe. Er wird sich aber hüten, ihn zu nennen.

Diese Wende der Umstände löst den Zorn Erdogans aus, der die Attentate vom 13. November in Paris in Auftrag gibt. Im zweiten Stock des Bataclan werden Geiseln gefoltert und verstümmelt, andere enthauptet. Kleinlaut verbietet François Hollande die Veröffentlichung dieser Information, obwohl sie von Polizisten vor einem parlamentarischen Ausschuss belegt wurde [10]. Patrick Calvar, der Zentraldirektor der Spionageabwehr, wird vor einem Parlamentsausschuss bezeugen, dass seine Dienststellen den Auftraggeber-Staat identifiziert haben. Um seiner Verantwortung zu entfliehen, wird der Präsident weinerliche Gedenkfeiern abhalten und seine Mitbürger davon überzeugen, dass der Terrorismus eine unvermeidliche Plage sei. Er wird eine "Anerkennungsmedaille für die Opfer des Terrorismus" einführen und den "drohenden Todesschmerzschaden" und

sogar den "Warteschaden" entschädigen. Aber er wird keine Maßnahmen gegen die Türkei ergreifen. Diese wird fünf Monate später ein weiteres Verbrechen gegen Belgien auf dem Flughafen Brüssel-Zaventem und vor dem Sitz der Europäischen Kommission in Auftrag geben, genau dort, wo die PKK gerade demonstriert hat.

Die britische Presse berichtet, dass Mohammed Abrini, der einzige Soldat von Daesch, der sowohl an den Anschlägen in Paris als auch in Brüssel beteiligt war, ein Informant des Geheimdienstes Seiner Majestät (MI6) ist.

Weit davon entfernt, seine Verantwortung zu verschleiern, hält Recep Tayyip Erdogan eine eindrucksvolle Rede bei den Feierlichkeiten zum 101. Jahrestag der Schlacht von Çanakkale ("Die Schlacht der Dardanellen"), also vier Tage vor den Anschlägen auf Belgien [11]. Darin wirft er den Europäern vor, die PKK zu unterstützen, und kündigt an, was in Brüssel geschehen wird. Am Tag nach dem Attentat behauptet die AKP-Presse (*Star, Akit, Internethaber*), dass die Europäer nun haben, was sie verdienen [12].

Um den Eindruck zu erwecken, Frankreich sei eine Initiative gegen Daesch, entfaltet es den Flugzeugträger *Charles de Gaulle*, nacheinander im Februar/März und im November/Dezember 2015. Er wird von einer eindrucksvollen Armada begleitet und verfügt über 32 Flugzeuge (Drohnen, Hubschrauber und Flugzeuge). Während seiner zweiten Mission begibt sich Präsident Hollande an Bord und betont, dass das Schiff ein internationales Großgerät befehlen wird. In Wirklichkeit wurden die Franzosen in die Task Force 50 des US NavCent integriert, also in die Flotte des US Central Command. Zwar werden etwa 60 Schiffe von Konteradmiral René-Jean Crignola befohlen, aber dieser untersteht dem Kommandeur der 5. Flotte, Vizeadmiral Kevin Donegan, der selbst unter dem Befehl von General Lloyd J. Austin III., Kommandant des CentCom steht. Es ist in

der Tat eine absolute Regel des Imperiums: das Kommando über die alliierten Operationen geht immer an US-amerikanische Offiziere, die Europäer sind nur Stellvertreter.

Ende 2015 schickt Frankreich seinen Premierminister Manuel Valls, um leichtes Geld in Saudi-Arabien zu holen. Man redet wieder über die 3 Milliarden Aufträge für die libanesische Armee und weitere 10 Milliarden Verträge. Aber die Saudis sind wütend auf das Atomabkommen mit dem Iran - zu dessen Sabotage sich die Franzosen verpflichtet hatten - und schätzen das Zögern von Paris in Syrien nicht. Die Franzosen erweisen sich als teure und ineffiziente Vasallen. Die Geldernte wird also viel geringer sein als erwartet, und die "Geschenke" auch.

Anfang 2016 reagieren die Franzosen nicht, als François Hollande Laurent Fabius zum Präsidenten des Verfassungsrates ernennt. Sie unterscheiden sich darin von den Iranern. Diese empfingen ihn nach der Unterzeichnung des Atomabkommens mit den 5+1. Er hoffte, Geschäftsbeziehungen zu knüpfen, obwohl er jahrelang versucht hatte, das Abkommen zu sabotieren und bei einem Abendessen sogar zugegeben hatte, dass er für Israel spioniert hatte, dem er laufend über die Verhandlungen Bericht erstattete. So wurde er von den Behörden mit protokollarischen Ehren empfangen, während die revolutionären Vereinigungen auf seinem Weg von seiner Ankunft am Flughafen bis zu seiner Abreise demonstrierten. Sie trugen Schilder, die sowohl an seine Verantwortung für den Tod von mehr als 2000 Hämophilen in den Jahren 1985-86 erinnerten, als auch an seine Unterstützung für Al-Kaida, die, wie er sagte, "gute Arbeit macht“ und zehntausende Syrer tötete.

Jean-Marc Ayrault löst ihn als Außenminister ab. Er ist sehr besorgt über die wachsende Kluft zwischen Frankreich und Deutschland und widmet seine Energie um die Spaltung zu vermeiden. Damit opfert er die syrische Akte auf und beschließt, nach einigen Wochen des Zögerns, die Positionen seiner Vorgänger Juppé und Fabius beizbehalten.

Ayrault unterhält keine Beziehung zum neuen Premierminister Manuel Valls und spricht direkt mit François Hollande, der sich selbst um die Syrien-Frage kümmert.

Wenn Ayrault auch eine moderate Unterstützung von Israel ist, Valls ist viel härter in dieser Frage. Auf diese Weise gerät er in Konflikt mit Präsident Hollande über die archäologischen Arbeiten, die Tel Aviv in Jerusalem auf Kosten der muslimischen Denkmäler durchgeführt hat. Einst engagiert für die palästinensische Sache, schrieb Valls seine Wende seiner Ehe mit der jüdischen Geigerin Anne Gravoin zu.

In Nizza wurden bei einem weiteren Anschlag 86 Menschen getötet und 484 verletzt. Präsident Hollande belügt weiterhin seine Mitbürger, um seine Verantwortung zu verschleiern. Die Franzosen verstehen immer noch nicht die Folgen dessen, was in ihrem Namen in Syrien getan wird.

Am Nationalfeiertag, am Abend des 14. Juli 2016, überrollt Mohamed Lahouaiej-Bouhlel, zufällige Passanten auf der Promenade des Anglais in Nizza mit einem LKW, wobei 86 Menschen getötet und 484 verletzt wurden. Obwohl es noch nie jemand geschafft hat, so viele Menschen mit einem Fahrzeug zu töten und zu verletzen, versichern die Ermittler, dass der Mann keine spezielle Ausbildung erhalten hat und allein handelte. Dennoch hatte seine Familie in Tunesien gerade 100 000 Euro erhalten, ohne zu wissen, wer für dieses Verbrechen bezahlt hat. Während Frankreich sich im Ausnahmezustand befindet, hat sich herausgestellt, dass der Terrorist umso leichter handeln konnte, als 60 Gendarmen von Nizza nach Avignon gebracht worden waren, um die Sicherheit von Präsident Hollande zu gewährleisten, der mit seiner Geliebten und Schauspielern zu Abend aß.

In Paris kommentiert man den Durchbruch der Dschihadisten in Syrien und betont, dass das Regime jetzt nur noch 20% des Territoriums kontrolliert und bald fallen wird. In Wirklichkeit sind zwei Drittel Syriens eine Wüste, die niemand kontrolliert, weder die Republik noch die Dschihadisten. Präsident Al-Assad hat beschlossen, seine Bevölkerung und nicht sein Territorium zu verteidigen. Mindestens 8 Millionen Syrer haben sich entschieden, vor den Dschihadisten zu fliehen und in die Städte der Republik zu flüchten.

Keiner von ihnen ist dafür bekannt, den umgekehrten Weg gegangen zu sein: von den Regierungszonen zu den Gebieten der Dschihadisten.

François Hollande wurde ebenfalls wütend, als er im Februar 2015 von der Reise nach Damaskus erfuhr, von zwei Senatoren, Jean-Pierre Vial (Les Républicains) und François Zocchetto (Zentrist) und zwei Abgeordneten, Jacques Myard (Les Républicains) und Gérard Bapt (PS). Eine zweite Reise im September 2015 bringt erneut Gérard Bapt, diesmal in Begleitung der Abgeordneten Jérôme Lambert (PS) und Christian Hutin (ein Chevènement-Anhänger) dorthin. Eine dritte, im März 2016, versammelte Abgeordnete (Die Republikaner) um Thierry Mariani herum, mit Valérie Boyer, Nicolas Dhuicq, Denis Jacquat und Michel Voisin. Und schließlich eine vierte, im Januar 2017, mit den gleichen und Jean Lassalle (Zentrist). Alle außer Gérard Bapt werden von Präsident Al-Assad empfangen.

Der Sozialist Bapt kam auch hierher, um Geschäfte zu machen. Er vertritt die Große Loge der französischen Freimaurerallianz (GLAMF) - direkt von Prinz Edward, Herzog von Kent abhängig - eine Abspaltung der großen französischen Nationalloge (GLNF), die von Alain Juillet (ehemaliger Leiter der Wirtschaftsintelligenz im Generalsekretariat der nationalen Verteidigung) im Namen der Briten gegründet wurde. Bapt trifft sich mit Geschäftsleuten und verspricht ihnen, ihre Namen von der Europäischen Sanktionsliste streichen zu lassen, gegen klingende Münzen, d.h. Schmiergelder. Natürlich hat er hier aber nicht die geringste Macht. Er wird von einem anderen Betrüger begleitet, Jérôme Toussaint, der heute in Frankreich inhaftiert ist.

Die dritte Reise verdeutlicht die Präsenz der Vereinigung SOS Chrétiens d 'Orient in Syrien, die hauptsächlich für die Front National rekrutiert. Wenn seine Freiwilligen sich dort auch - auf eigene Kosten – sehr engagieren, diskriminiert ihre ausschließliche Tätigkeit für die mit Rom verbundenen Christen, jedoch die Orthodoxen. Die Millionen Euro, die sie in Frankreich sammeln wollen, erreichen Syrien nicht. Die örtlichen religiösen Autoritäten beginnen sich aufzuregen, wenn diese Christen des Westens, im Geist der Kreuzzüge, eine Messe in den Ruinen des Krak der Ritter, der imposanten Kreuzfestung aus dem 12. Jahrhundert, feiern. Die jungen Leute wussten nicht, dass die Christen der Levante damals ihr Land gegen die Kreuzfahrerinvasoren verteidigt hatten, die sie mit imperialistischen Eroberern gleichsetzten.

Schließlich, während Frankreich im Niedergang begriffen ist, gelingt es seinen Führern nicht, eine antiimperialistische Front zu bilden, die doch eine Voraussetzung für einen

wirtschaftlichen Aufschwung ist. Nur wenige Formationen nehmen Stellung gegen diesen Kolonialkrieg: die Front National von Marine Le Pen, die Christlich-Demokratische Partei von Jean-Frédéric Poisson, Debout la France de Nicolas Dupont-Aignan, die Union populaire républicaine de François Asselineau, die Gruppe der Republikaner, die François Fillon nahestehen, und la France Insoumise von Jean-Luc Mélenchon.

Frankreich, das seit der Schließung seiner Botschaft keine Informationen vor Ort hat, ist nicht in der Lage, den Ursprung der Ereignisse zu analysieren, aber versucht immer noch glauben zu machen, dass es die Lage beherrscht. Frankreich hat natürlich nicht vorhergesehen, was als nächstes folgen wird.

(Fortsetzung folgt…)

Übersetzung
Horst Frohlich